Nr. 140. Dienstag, den 21. Mai 1895. 42,185 Abonnenten.

Neueste Nachrichten

Anzeigen-Preis: Die einspaltige Petitzeile 20 Pfg., im Reclametheil 50 Pfg. Haupt-Geschäftsstelle: Pillnitzerstr. 49. Fernsprecher: Amt III. Nr. 1897.

Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.
Unparteiliche, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Bezugs-Preis: Durch die Post vierteljährlich Mk. 1.50, mit „Dresdner Fliegende Blätter" Mk. 1.90. Für Dresden und Vororte monatlich 50 Pfg. mit Wigblatt 60 Pfg. Für Oesterr.-Ung. viertelj. Fl. 1.80 resp. K. 3.60. Deutsche Preisliste: Nr. 4013. Oesterr. 2339

L. Buchholz, Atelier für Decorationsmalerei, Ausführung aller Maler-, Lackirer- u. Anstreicher-Arbeiten, Dresden-A., Wohnung: Weinligstr. 10, pt. † Comptoir: Seestraße 3, I.
Solide Ausführung, pünktliche und coulante Bedienung. 14212

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Sommerfrischler, Erholungsreisende,

welche Dresden auf längere oder kürzere Zeit verlassen, erhalten die **„Neuesten Nachrichten"** auf Wunsch **regelmäßig und pünktlich nachgesandt.** Die Postüberweisungsgebühr beträgt im ersten Monat eines Kalender-Quartals 30 Pf., im zweiten Monat 20 Pf., im dritten Monate 10 Pf., (also im Mai 20 Pf., Juni 10 Pf., Juli 30 Pf. rc.), während das Bestellgeld für die tägliche Zustellung durch den Briefträger an das Postamt des Empfangsortes zu entrichten ist.

Die Versendung kann jeden beliebigen Tag begonnen werden, jedoch bitten wir, diesbezügliche Bestellungen spätestens am Tage vor der Abreise an uns gelangen zu lassen.

Die auswärtigen (Post-)Abonnenten wollen eine zeitweilige Veränderung ihres Wohnortes demjenigen Postamte melden, durch welches sie regelmäßig die „Neuesten Nachrichten" beziehen. Die Ueberschreibung kostet für solche Fälle 50 Pf., nach dem Auslande 1 Mk.

Wird **die tägliche Zusendung mittels Kreuzbandes** gewünscht, so beträgt die Zustellungsgebühr incl. Abonnement wöchentlich im Inlande 50 Pf., nach dem Auslande 60 Pf.

Geschäftsstelle der „Neuesten Nachrichten".

„Lumpen"-Preise.

Der Abgeordnete Stadthagen sollte bekanntlich, nach einer Behauptung des Ministers v. Köller bei Berathung der Umsturzvorlage, als passendste Inschrift für das neue Reichstagsgebäude das Avis vorgeschlagen haben: „Hier werden die höchsten Preise für Lumpen gezahlt." Wie hinterher festgestellt wurde, hat der genannte Abgeordnete diese Aeußerung nicht in Bezug auf das Reichshaus und dessen Mitglieder, sondern in einem anderen Zusammenhange gebraucht. Daß es aber Parlamente giebt, denen man durchaus nicht zu nahe treten würde, wenn man über ihrem Portal die Stadthagensche Kritik einmeißelte, geht aus einer Schilderung der parlamentarischen Zustände in Amerika hervor. Die Zeitschrift „Century" ist es, die sich das Verdienst erworben, den Schleier von einer politischen Corruption fortzuziehen, die Alles weit überbietet, was Europa in dieser Beziehung je geleistet hat. Das Blatt veröffentlicht hochpikante Details über die Art und Weise, wie man jenseits des Oceans große Actiengesellschaften u. s. w. zur Ader läßt. Man erhebt nämlich von denselben ein **Friedensgeld.** Das Friedensgeld ist die Abgabe, welche die Politiker, die in den gesetzgebenden Versammlungen der Vereinigten Staaten über die Mehrheit verfügen, den Actiengesellschaften und anderen Corporationen auferlegen, gegen die Zusicherung, daß kein Gesetz oder Antrag vorgelegt oder angenommen werde, wodurch die finanziellen oder sonstigen Interessen solcher Gemeinschaften geschädigt werden können. Diese neue Versicherung gegen Parlamentsbeschlüsse ist in Folge eines im Jahre 1891 von der Legislatur des Staates Massachusett erlassenen Gesetzes aufgekommen. Bis dahin erpreßte jeder Abgeordnete auf eigene Gefahr und Rechnung. Diesem Unwesen suchte das Gesetz von 1891 zu steuern. Daraufhin haben die berufsmäßigen Politiker sich in anderen Staaten, insbesondere dem Staate New-York, veranlaßt gesehen, ihre bisherige Geschäftsregel aufzugeben und nicht mehr einzeln, sondern gemeinschaftlich vorzugehen. Also sind geheime parlamentarische Geschäftsverbindungen entstanden, die sich den Bezug von Friedensgeld zur Aufgabe gestellt haben. Sie gehen äußerst einfach vor. Kurze Zeit vor den gesetzgebenden Wahlen im Jahre 1894, als die Demokraten auf einen sicheren Erfolg rechneten, der ihnen in den Parlamenten der Einzelstaaten die Mehrheit verschaffen oder erhalten sollte, kamen ihre Wahlausschüsse auf den Gedanken, alle Personen oder Gesellschaften, denen die Einbringung neuer Gesetzvorlagen unangenehm sein konnte, zu veranlassen, einen bestimmten Betrag in die Parteikasse abzuführen, wogegen sich die Demokraten verpflichteten, die gütigen Spender zu verschonen. Nur wenige Actien-Unternehmungen vermochten es, sich an diesem caudinischen Joch vorbeizudrücken. Da geschah es aber, daß die Wahlen nicht zu Gunsten der Demokraten, sondern der Republikaner ausfielen, was allerlei sonderbare Zwischenfälle zur Folge hatte. So verweigerte der Vorsitzende einer Gesellschaft die weitere Zahlung eines Jahresbetrages von 15000 Dollar mit der Begründung, da die Mehrheit den Republikanern zugefallen sei, seien die Demokraten nicht mehr im Stande, die den ihnen versprochenen Dienste zu leisten, die Zahlung sei daher nicht mehr gerechtfertigt.

Nun hätte man annehmen müssen, daß die unter lautem Rufe nach Ehrlichkeit gewählten Republikaner es als eine heilige Pflicht betrachten würden, einen von einer Gruppe unabhängiger Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf anzunehmen, wodurch der politischen Bestechung ein Ende gemacht werden sollte. Sie hüteten sich indeß, ein solches Gesetz zu erlassen. Inzwischen aber hat sich die schöne Gepflogenheit des Friedensgeldes dahin ausgebildet, daß der Betrag im Verhältniß zu den mehr oder weniger günstigen Aussichten der einzelnen Parteien festgesetzt wird. Ueber Abmachungen dieser Art wird nun ungescheut öffentlich geredet, so zwar, daß Herr Wheler Peckham, Mitglied des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, eine Reihe von Gesellschaften aufzählen konnte, deren jede 50000 Dollar jährlich an Friedensgeld zahlt. Die Eingangs erwähnte Zeitschrift hat ebenfalls Nachforschungen angestellt und hat daraufhin eine Tabelle aufgestellt, wonach 170 Versicherungsgesellschaften, 32 Staatsbanken, 25 Sparkassen, 26 Eisenbahngesellschaften, 21 Fährboot-Unternehmungen, 37 ausländische und 24 amerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaften das Friedensgeld entrichten. Am meisten ist das Uebel in den Staaten Newyork, Maryland und Pennsylvanien verbreitet, und anderwärts werden Bestrebungen kund, den Brauch zu verbreiten.

Könnte es für diese Volksvertretungen eine treffendere Inschrift geben als die Worte Stadthagens: „Hier werden die höchsten Preise für Lumpen gezahlt!"

Der Centrumsabgeordnete Metzner-Neustadt, O.-S., der bekannte Führer der Handwerkerbewegung, wurde bekanntlich von der „Tägl. Rundsch." der Deutschverleugnung geziehen, weil er die von ihm erzeugten Beerenweine mit der Etiquette versieht: „Grand vin mousseux Villeneuve Hts. Silésie". Herr Metzner erklärt nun in einer längeren Zuschrift an die „Dresdn. Neuest. Nachr.", daß er die Richtigkeit der Wiedergabe der Etiquette zu leugnen keine Veranlassung habe. Er verstehe aber den „Entrüstungsrummel" nicht, der dieserhalb gegen ihn inscenirt worden sei. Zur Rechtfertigung seines Verhaltens weist Herr Metzner alsdann auf die wälsche Bezeichnung deutscher Locale hin, wie „Grand Hôtel Bellevue", „Grand Restaurant Royal", auf die französischen Inschriften an Läden und Schaufenstern, auf das deutsche Fabrikat „Eau de Cologne", auf die fremdländischen Bezeichnungen „Quaestoren" und „Senioren-Convent" im deutschen Reichstage, auf das „Repertoire" in den königl. Theatern, auf die Bezeichnungen „Gouverneur", „Brigadier", „Compagniechef", „Avantageur" in der Armee, die Umwandlung des Namens des kaiserlichen Schlosses „Friedrichskron" in „Neues Palais" u. s. w. Der Schluß des Schreibens lautet:

„Die unschuldige Ursache, weshalb ich eine Uebersetzung meiner früher einfachen deutschen Etiquettis vornahm, war einfach die, daß mir auf den verschiedenen Ausstellungen, auf denen ich stets die ersten Auszeichnungen (selbst die Staatsmedaille) für meine Weine errang, von meinen Concurrenten, welche schon längst diese Uebersetzung je nach der Specialität ihrer Beerensorten vorgenommen hatten, gesagt wurde: Ihr Wein ist zwar der Beste, doch werden Sie mit Ihren einfachen Etiquettis keine Erfolge erzielen." Ich habe darum, dem Rathe der auf diesem Gebiete Erfahrenen folgend, die Aenderung vorgenommen und habe sie geschäftlich noch nicht zu bereuen Ursache gehabt. Wenn wir erst dahin gekommen sind, daß alle nicht deutschen Bezeichnungen vom „Staatssecretär" an bis zum „Tambour" herab in Deutschland verpönt sind, dann wird die Entrüstung gerechtfertigt sein und ich will der Allerletzte sein, der den darauf gerichteten Bestrebungen entgegentreten möchte."

Deutschland.

—* **Der Kaiser** hat dem neuen, im November 1893 auf der kaiserlichen Werft vom Stapel gelaufenen Panzerschiff 4. Classe „Hagen", das zur Canalfeier in die unter dem Commando des Contre-Admirals Oldekop stehende Reservedivision eingereiht wird, ein großes prächtiges Bild zum Geschenk gemacht. Dasselbe stellt den grimmen Recken Hagen von Tronje aus der Nibelungen-Sage, den treuen Vasall des Königs Gunther von Burgund, dar. In voller Rüstung, mit dem Schwerte umgürtet, stützt sich Hagen auf seinen mächtigen Schild. Auf dem Haupte trägt er den Helm, mit Adlerfittigen geschmückt, den finsteren Blick in die Ferne richtend. Unter das Bild hat der Kaiser in großer, flüchtiger Schrift mit Blei die Worte gesetzt: Hagen. Meinem Panzerschiff Hagen. Wilhelm I. R. 1895.

—* **Aus Friedrichsruh,** 19. Mai, wird berichtet: Die Huldigungsfahrt der Rheinländer, an welcher sich 750 Damen und Herren betheiligten, nahm einen würdigen Verlauf. Oberbürgermeister v. Bodelschwingh-Remscheid feierte in einer Ansprache die Verdienste des Fürsten Bismarck. Die Damen überreichten mit einer poetischen Ansprache einen Blumenkorb. Der Fürst dankte in einer längeren humordurchwürzten Rede und schloß mit einem Hoch auf die rheinischen Frauen. Von 60 Städten wurde ein Collectiv-Ehrenbürgerbrief, von 5 Städten besondere Ehrenbürgerbriefe überreicht. Außerdem stiftete die Stadt Solingen einen künstlerisch ausgeführten Kürassier-Pallasch, Remscheid einen Eichenklotz mit Ambos und Schmiedegeräthen.

—* **Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Philipp Eulenburg,** welcher dieser Tage in Berlin eintraf, hat sich nach Königsberg begeben. Seine Anwesenheit in Deutschland hing übrigens nicht, wie man annahm, mit dem Ministerwechsel in Oesterreich zusammen, sondern Graf Eulenburg folgte einer Einladung des Kaisers zu den Jagden in Proekelwitz. Das Zusammentreffen war ein rein zufälliges.

—* **In Sachen Kotze** theilt der „Berl. Loc.-Anzeiger" mit, daß die Bemühungen des Vermittlers, eine Versöhnung zwischen Herrn v. Kotze und seinen Gegnern in der Hofgesellschaft herbeizuführen, einen erfreulichen Fortgang nehmen. Es hat wiederum in aller Stille ein Ausgleich stattgefunden und zwar mit einem der bisherigen schärfsten hocharistokratischen Gegner des Herrn v. Kotze. Herr v. Schrader ist allerdings bei den bisherigen Versöhnungsversuchen noch nicht in Betracht gekommen.

—* **Major v. Schulze zu Klosterfelde,** der den Bandagisten Rieckhoff auf der Straßenbahn, bei einem Conflict mit dem Säbel verwundete, ward, laut authentischer Mittheilung, durch Allerhöchst bestätigtes kriegsgerichtliches Urtheil, wegen geschärften, unter rechtswidrigem Waffengebrauch begangenen Körperverletzung zu einer zweimonatigen Gefängnißstrafe und Tragung des tarifmäßigen Stempels verurtheilt.

—* **Zur Eröffnung des Nordostsee-Canals** kann nach einer Meldung der „Nat.-Corresp." die in Aussicht genommene Entsendung des türkischen Kreuzers „Hobet Numa" nicht erfolgen, da der Kreuzer nicht seetüchtig ist. Da die Türkei auch sonst kein einziges seetüchtiges Schiff besitzt, so wird die Türkei voraussichtlich überhaupt auf eine Betheiligung an der Eröffnungsfeier verzichten müssen.

Die Hafencommission soll beabsichtigen, das Ufer des Nordostsee-Canals am Tage der Kaiserfahrt in 50 Meter Entfernung auf der ganzen Strecke durch Truppen zu sperren. Der Schiffsverkehr ist auf dem Canal schon sehr lebhaft, namentlich in Folge der Durchfahrt von Yachten, welche an der Kaiserregatta Theil zu nehmen gedenken.

—* **Eine Begnadigung der Fuchsmühler Bauern** war gleich nach Fällung des Urtheilsspruch angenommen worden. Jetzt wird officiös dazu erklärt, der Begnadigung könne erst nahegetreten werden, wenn sich die Formalitäten des Gerichtsganges erschöpft haben. Wie die „Frkf. Ztg." mittheilt, wird sich dann auch der bayerische Ministerrath mit der Frage beschäftigen. — Der Vertheidiger der angeklagten Bauern hat auf seine Anwaltsgebühren, sowie seine baaren Auslagen in dem Processe verzichtet.

—* **Angesichts der Vertheuerung des Petroleums** wird von der Regierung eine differentielle Zollbehandlung von Rohpetroleum und raffinirtem Petroleum in Erwägung gezogen, um dadurch die Einfuhr des Rohpetroleums und die Errichtung von Raffinerien in Deutschland zu erleichtern und so der Standard Oil Company entgegen zu wirken.

—* **Bei der Eröffnung der Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Straßburg i. E.** am Sonnabend hielt der Statthalter Fürst Hohenlohe eine Ansprache, in der er betreffs der Betheiligung von Baden und der Pfalz sagte:

„Ein natürliches Freundschaftsgefühl, begründet in naher Stammesverwandtschaft und Nachbarschaft, darf ich das nennen, was diese so schönen Landstriche, welche durch den Vater Rhein nicht getrennt, sondern geeint sind und welche in jahrtausendelanger Wechselwirkung Großes zusammen erlebt haben — leider nicht immer in demselben Lager — hier im friedlichen Wettkampfe der Arbeit zusammengeführt hat, um erneute, hoffentlich nie zerreißende Freundschaftsbande zu knüpfen."

Die Ausstellung ist von mehr als 1200 Ausstellern beschickt.

—* **Die Conferenzen über die Creditorganisation,** zu welchen auch Vertreter verschiedener Innungsausschüsse zugezogen sind, haben am Sonnabend in Berlin unter Vorsitz der Minister Miquel und v. Hammerstein begonnen. In der Hauptsache dürfte die Conferenz folgende Punkte zu erörtern haben:

Zweckmäßigkeit der Errichtung, Organisation und Geschäftskreis einer Central-Creditanstalt; — Begränzung des Kreises der Verbände und Institute, deren Creditbedürfniß die Centralkasse dienen soll; — Voraussetzungen, Bedingungen und Dauer der zu gewährenden Credite; Höhe der hierfür erforderlichen Summe; — Beschaffung der für die Thätigkeit des Centralinstituts sonst nöthigen Mittel (Depositengeschäft, Giroverkehr, Annahme von Spareinlagen, sowie von überflüssigen Beständen der genossenschaftlichen Verbände, Ausgabe von Schuldverschreibungen rc.); — etwaige weitere, zur Hebung des Personalcredits in Aussicht zu nehmende Maßnahmen.

—* **Der Parteitag der antisemitischen Volkspartei der Abgg.** Ahlwardt und Böckel soll zu Pfingsten in Berlin zusammentreten, um das Programm festzustellen. Ueber dieses Programm soll Ahlwardt sprechen, während u. A. Dr. Böckel die Nothwendigkeit der Begründung der freiheitlichen antisemitischen Volkspartei darlegen soll.

—* **Ueber die Uniformirung der Meldereiter-Detachements** macht die „Post" folgende Mittheilungen: Das Detachement des 15. Armeecorps erhält eine Husarenuniform, weiße Attilas mit rothen Schnüren, und zwar entspricht es einem besonderen Wunsche des Kaisers, daß die tüchtigsten Söhne Elsaß-Lothringens, die für den Meldereiterdienst auserlesen werden, auch äußerlich eine besondere Auszeichnung dadurch erhalten, daß sie Uniformen in den Farben (Weiß-Roth) ihrer elsaß-lothringischen Heimath tragen. Das Detachement des Garde-Corps erhält dunkelgrüne Uniformen, die im Wesentlichen mit denen der Feldgendarmerie übereinstimmen. Die Detachements der übrigen Armeecorps, von denen bis jetzt nur das des 1. Armeecorps in Frage kommt, tragen dunkelblaue Kürassier-Koller mit den Farben ihres Armeecorps in den Besätzen und schwarze Helme. Das Lederzeug ist mit Ausnahme der weißen Bandeliere der elsaß-lothringischen Meldereiter durchgängig schwarz. Die Bewaffnung besteht aus Cavalleriedegen 89 und Revolver (Lanze und Carabiner fallen fort), für die Ausrüstung treten Fernglas und Kartentasche hinzu.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 19. Mai. Die amtlichen Blätter veröffentlichen heute das Handschreiben des Kaisers, durch welches Graf Goluchowski zum Minister des Aeußern, unter gleichzeitiger Verleihung der Geheimrathswürde, ernannt wird.

Graf Goluchowski übernimmt sofort die Leitung des Auswärtigen Amtes, um sich auf die nahen Delegationen vorzubereiten. Ein weiterer Personalwechsel ist zunächst nicht zu erwarten, sondern eine gleichmäßige Fortführung der Politik Kalnokys mit dessen Beamten in correct bureaukratischer Weise. — Graf Kalnoky hat sich bereits am Sonnabend von den Beamten seines Ressorts verabschiedet.

Budapest, 18. Mai. Vom Nuntius Agliardi wird eine neue Tactlosigkeit berichtet. Am Mittwoch, während das Oberhaus die kirchenpolitischen Vorlagen berieth, erhielt Graf Ferdinand Zichy von Agliardi eine Drahtmeldung, worin der Nuntius erklärte, seine Stellung sei durch die Ereignisse der letzten Tage nicht nur im Auswärtigen Amte, sondern auch in der Hofburg befestigt worden, und es wurde diese Drahtmeldung noch während der Sitzung den Magnatenhausmitgliedern gezeigt. Darin liegt nicht nur eine Einmischung in ungarische Angelegenheiten, sondern eine schwere Indiscretion und Verletzung der schuldigen Hochachtung gegen die Krone.

Serbien. Belgrad, 18. Mai. Im Timoker Kreise tauchte eine Heidukenbande auf, deren Häuptling der Bevölkerung ankündigte, er werde noch 90 Menschen erschlagen. Das Volk wandte sich an den König um militärischen Schutz.

Der Berichterstatter der „Frkf. Ztg." hält gegenüber den Ableugnungsversuchen des Finanzministers seine Meldung, daß derselbe den Staatsbankerott angekündigt, vollinhaltlich aufrecht.

Frankreich. Paris, 18. Mai. Im „Figaro" bespricht der Diplomat des Blattes Wolff (Valfrey) die Ernennung des Grafen Goluchowski zum österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern. Er begrüßt den Grafen Goluchowski in sympathischer Weise und meint, derselbe sei für die Franzosen ein alter Bekannter, er ist beinahe ein Pariser. Auch ist er mit Frankreich durch seine Gattin, Prinzessin Murat, verbunden. Man spreche vom Einfluß Frankreichs im Auslande öfters mit Geringschätzung. Die officielle Politik sei allerdings in schwierigen Zeiten nicht immer das beste Mittel, um Einfluß zu erhalten und auszubreiten. Eheliche Verbindungen sind zuweilen die eindringlichsten Hilfsmittel. Das französische Publikum wird sich jedenfalls davon geschmeichelt fühlen, daß eine Prinzessin Murat in den Salons am Ballhausplatz regiert. Zwischen dem Wiener und dem Pariser Cabinet besteht keine ernste Uneinigkeit. „Wir wünschen dem österreichischen Staatsmann, der heute auftritt", schließt der „Figaro"-Diplomat, „vollen Erfolg."

Der Pariser Stadtrath bewilligte den von der Gesellschaft nicht wieder angestellten Anführern des Ausstandes der Omnibus-leute 10000 Franken. Gemäßigte Blätter erheben lebhafte Einsprache gegen die Verwendung des Geldes der Steuerzahler und fordern, daß die Regierung den Beschluß für ungiltig erkläre.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490221629-18950521/1